

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Reichsstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Petitzeile 1 Wtr. Aufnahme nur bei vor-
bergl. Gebühreneinbarung auf Postcheck. Alfred Kiebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfchl. Freitag

Industrieführer zur Arbeitszeitverkürzung.

Angelehnt der noch immer steigenden Arbeitslosigkeit haben auch einige führende Industrielle zu dieser Frage Stellung genommen. So sagte der bekannte Industrielle Robert Bosch: „Es dürfte nicht notwendig sein, bei den heutigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes noch langatmig darzulegen, daß bei den Produktionsmitteln und Methoden, die uns zur Zeit zu Gebote stehen, eine Beschäftigungsmöglichkeit für alle Arbeitsfähigen und in allen Berufen nie mehr möglich sein wird, wenn man die tägliche Arbeitszeit nicht herabsetzt. Man wird anstatt der heute üblichen acht Stunden nur noch vielleicht sechs Stunden täglicher Arbeitszeit ansehen müssen.“

Der Präsident der Fiat-Werke in Turin, Senator Agnelli, äußerte sich wie folgt: „Bis jetzt verfolgte der technische Fortschritt — Mechanisierung und Rationalisierung — das Ziel, die Höchstmenge mit einem Mindestaufwand von Arbeit zu erzeugen, ohne Rücksicht auf die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit. Dieses Ziel muß dahin geändert werden, daß die Höchstmenge in der kürzest möglichen Zeit erzeugt werden soll, wobei die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter und nicht die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu verringern ist. In anderen Worten: der technische Fortschritt darf nicht zu einer Verkürzung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen.“

Arbeitsbeschaffung durch Beseitigung der Wohnungsnot.

Der Reichspräsident hat bei den Neujahrseierlichkeiten in Berlin erklärt: „Es muß das Ziel der Regierung sein, unserem Volke Brot und Arbeit zu schaffen, den Millionen arbeitswilliger Hände, die unerschöpflich feiern müssen, wieder Beschäftigung zu geben und den vielen Familien, in denen Not und Verzweiflung herrschen, Hoffnung und den Glauben an bessere Lage wiederzugeben.“ Herr v. Schleicher und andere prominente Regierungsvertreter haben ebenfalls bei den verschiedensten Anlässen ähnliche Ausführungen gemacht. Leider ist nichts davon zu merken, daß nunmehr endlich Arbeiten größeren Umfangs zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Angriff genommen werden.

Am härtesten sind die Bauberufe und die Bauernbergwerke von der Krise betroffen worden. Nach vorliegenden Meldungen des Instituts für Konjunkturforschung sind im Jahre 1932 etwa 110 000 bis 120 000 neue Wohnungen innerhalb des Deutschen Reichs bezugsfertig geworden. Der Zugang an Wohnungen erreicht damit nur noch knapp die Hälfte des Vorjahresumsatzes und etwa ein Drittel des durchschnittlichen Zugangs in den Jahren 1928 bis 1930. Der Bau großer Miethäuser hat besonders stark nachgelassen. Im dritten Vierteljahr 1932 entfielen auf ein fertiggestelltes Wohngebäude im Durchschnitt der Groß- und Mittelstädte nur 2,7 Wohnungen, während es vor einem Jahre noch 4,9 Wohnungen waren. Die gleiche Tendenz zeigt sich bei den Baubeginnen im Laufe des Jahres 1932. Der Wohnungsbau dürfte 1932 mit etwa einem Fünftel am Gesamtzugang neuer Wohnungen beteiligt sein und ist anzunehmen, daß auch in den nächsten Monaten der Wohnungsbau zur Teilung großer Wohnungen größere Bedeutung haben wird. Nach einer Wohnungsaufnahme der Stadt Frankfurt a. M. vom Jahre 1931 wurden dort 2631 leerstehende Wohnungen festgestellt. Der prozentuale Anteil der einzelnen Wohnungsklassen betrug bei Kleinwohnungen von 1 bis 3 Zimmern 1 Proz., bei 4 Zimmern annähernd 3 Proz., bei 5 Zimmern 4,5 Proz. und bei größeren Wohnungen etwa 5 bis 6 Proz. Wehnlich, zum Teil sogar noch

schlimmer liegen die Verhältnisse in den übrigen größeren Städten des Reichs. Auf der anderen Seite stehen Hunderttausende von Familien, die über eine feste Wohnung nicht verfügen und in Lauben und selbsterrichteten Notwohnungen haufen.

Durch Teilung leerstehender Großwohnungen und durch die Förderung der Hausinstandsetzungsarbeiten wäre es möglich, sehr schnell neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen und neue Arbeitskräfte zu binden. Dachdecker, Maurer, Maler, Tapezierer und Linoleumleger, Installateure und andere Berufe würden dabei Arbeitsgelegenheit finden.

Arbeitsbeschaffungsmassnahmen haben nur dann einen Sinn, wenn es mit ihrer Hilfe gelingt, möglichst viel Arbeiter zu beschäftigen, damit die Zahl der Arbeitslosen rasch ab- und die Massenauflage rasch zunimmt. Nun kommen die Innungen und Innungsverbände und fordern von der Reichsregierung, sie solle Vorkehrungen zur Verhinderung der Schwarzarbeit treffen. Als Schwarzarbeit sollen gewerbliche Arbeiten angesehen werden, die von Personen ausgeführt werden, die ihr Gewerbe nicht vorchriftsmäßig angemeldet haben. Dabei wird nicht nur eine Bestrafung des „Schwarzarbeiters“ verlangt; auch der Auftraggeber soll für die dem Schwarzarbeiter auferlegte Geldstrafe haften.

Seider vermissen wir nähere Aufschlüsse darüber, wie sich diese Meister die Einstellungen von Arbeitslosen bei Ausführung von staatlich subventionierten Hausinstandsetzungsarbeiten denken. Bei einer Aussprache zwischen dem Reichskommissar Dr. Gereke und Vertretern aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurden auch die Richtlinien für die Arbeitsbeschaffung behandelt. Voraussetzung für die Zumeilung öffentlicher Aufträge im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms soll in jedem Falle sein, daß Neueinstellungen nur zu den normalen Lohnsätzen und auf Grund der geltenden Tarifverträge vorgenommen werden, sowie, daß dabei die 40-Stunden-Woche eingehalten wird. Auf diese Weise soll ein Zwang zur Wehrereinstellung von Arbeitskräften eingeschaltet werden.

Soll die Arbeitsbeschaffung durch Anrufbelegung der Hausinstandsetzungsarbeiten Erfolg haben, so müssen Richtlinien darüber geschaffen werden, wie die Einstellung weiterer Arbeitskräfte in die Handwerksbetriebe erfolgen soll und wie die Kontrolle darüber auszuüben ist, da im anderen Falle damit zu rechnen ist, daß Kleinmeister die ihnen zufallenden Arbeiten mit ihren Lehrlingen und unter Unterstützung anderer Kleinmeister bei langer Arbeitszeit herstellen, ohne an die Einstellung arbeitsloser Gehilfen zu denken. Wie das Gros der Handwerkerführer zur 40-Stunden-Woche und zur Einhaltung der Tariflöhne steht, ist ja bekannt. Der Reichsverband des Deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbelamertag hat in einem Gesuchentwurf gefordert, daß in Zukunft die selbständige Ausbildung eines Handwerks nur solchen Personen übertragen wird, die in eine Handwerksrolle eingetragen sind. Die Gewerbe-freiheit soll fallen und die alten Zünfte des Mittelalters zu neuer Blüte gelangen. Die Handwerksgehilfen sollen dabei auf der Strecke bleiben. Eines ist bei diesen Vorgehen der Handwerkerführer charakteristisch: Sie sprechen immer von der Rettung des Handwerks, meinen aber damit in Wirklichkeit lediglich die Rettung der Meister.

Wie konsequent die Herrschaften dabei sein können, erzieht man aus einem Artikel des Herrn Ernst Flugmacher, Präsident des deutschen Handwerks- und Gewerbelamertags, in der „Deutschen Sattler-Zeitung“. Er fordert an dieser Stelle: „Fortfall aller Preisbindungen und das Aufheben roher Eingriffe staatlicher Verwaltungsorgane in

die Preiswirtschaft des Handwerks“, also Preisbildung durch die Organe der Zwangsinnungen. Zu gleicher Zeit verlangt man: „Auch die bisher ausgeübte staatliche Festsetzung der Löhne muß der Vergangenheit angehören. Die große Wirtschaftskrise sollte schon längst das System der politischen Lohnbildung eingeschränkt haben.“ Hier will man demnach Elbogenfreiheit zur weiteren Herunterziehung der Löhne.

Die Einstellung der führenden Handwerkerorganisationen bietet uns keine Gewähr dafür, daß bei Vergebung von staatlich subventionierten Hausinstandsetzungsarbeiten nach den Richtlinien des Reichsarbeitsbeschaffungskommisars gehandelt wird und daß die neugeschaffene Arbeitsgelegenheit arbeitslosen Gehilfen zugute kommt. Deshalb müssen wir verlangen, daß die Gewerkschaften an der Kontrolle der zu vergebenden Arbeiten und der Aufrechterhaltung der allgemeinen Richtlinien beteiligt sind.

Die Verteilung der Geschenke.

Eine jede Volksschicht und innerhalb ihrer eine jede Gruppe, erwartet heute vom Staat und nur von ihm Hilfe und Unterstützung. Sie sind wohl sämtlich hilfsbedürftig, der Grad ihrer Not und Schwierigkeiten ist jedoch sehr verschieden. Daher gebietet die Gerechtigkeit, zunächst dort zu helfen, wo die Not am größten ist. Der Staat kann jedoch, da er selbst nichts hat, nur helfen, indem er seine Gaben von anderen Stellen nimmt, so daß seine Geschenke an bestimmte Gruppen vielfach auf Kosten der anderen gehen. Daher ist die gerechte Verteilung der Gaben von doppelter Wichtigkeit.

Die Geschenke des Staates an der Schwelle des neuen Jahres kamen verschiedenen Klassen zugute, jedoch keineswegs gleichmäßig.

Es hat den Anschein, als ob die Bauern am reichlichsten bedacht worden wären. Der Schein trägt aber, da die Bauern gar nicht zu weggekommen sind. Der Beimischungszwang der Butter zur Margarine wurde als eine Hilfsmassnahme zugunsten der Bauern vom allmächtigen Landbund verlangt und durchgeführt. Jedoch wird der Bauer nichts von ihr haben, da die Landbutter zur Margarineherstellung völlig ungeeignet ist, so daß allein die Molkereien ihren Absatz erhöhen werden. Der Verbrauch an Landbutter wird dagegen zurückgehen, da bei erhöhten Margarinepreisen die Kaufkraft für Butter weiter vermindert wird.

Gleichzeitig wurde der Regierung eine Ermächtigung zur Einschränkung der Einfuhr billiger Futtermittel gegeben. Für den Fall, daß sie davon Gebrauch machen wird, droht den Bauern und den Konumenten die Gefahr der weiteren Verteuerung der Futtermittel zugunsten des Großviehes. Damit dürften deren Preise nicht niedriger sein als die Getreidepreise. Dazu wäre aber eine gewaltige Zollbelastung dieser Futtermittel erforderlich.

Statt der berechtigten Kontingente sollten die Landwirte zu Neujahr Zollerhöhungen erhalten. Sie müssen sich einige Wochen gedulden, bis die wichtigsten Handelsverträge (mit Holland, Schweden und Jugoslawien) ablaufen. Mit Frankreich ist die Sache bereits bereinigt. Zollerhöhung ist grundsätzlich Kontingenten vorzuziehen. Wir wissen jedoch nicht, wie hoch sie sein wird. Zölle, die die Einfuhr beinahe oder ganz ausschließen, sind noch schlimmer als Kontingente, sowohl für die Verbraucher, wie, unter handelspolitischem Gesichtspunkt, für die Exportindustrien, die mit Gegenmassnahmen des Auslandes zu rechnen haben. Zwischen durch wurden neue,

niedrigere Kontingente für Schmalz und für Holzschiff eingeführt. Auch davon können ungünstige handelspolitische Wirkungen ausgehen.

Die Banken und das industrielle Großkapital erhalten zu Neujahr zwei „Krankenhäuser“, in die eingefrorene Schulden und laute Wertpapiervorräte eingebracht werden können. Ein neuer Schritt zur Sanierung der Banken, gleichzeitig Hilfestellung für die Unternehmer.

Die Hausbesitzer erhielten Steuerbegünstigungen. Sie sollen 200 Millionen Mark Steuergutscheine für gezahlte Hauszinssteuern erhalten, falls sie Reparaturen vornehmen. Die Mieten brauchen sie nicht herabzusetzen. Bestimmte Gruppen von ihnen werden von der Umsatzsteuer bei Vermietung gewerblich genutzter Räume befreit. Gläubigerweise wurde — bisher wenigstens — ihr Wunsch, einen gesetzlichen Zahlungsausschub für die Tilgungsraten ihrer Hypothekendarlehen zu erhalten, nicht erfüllt. Es wäre der Ruin der Sparkassen, die sich erst jetzt von den Wirkungen der Vertrauenskrise zu erholen beginnen.

Der mittelständische Handel erhielt zu Neujahr das Verbot der Neugründung von Einheitspreisläden in sämtlichen Städten Deutschlands.

Was erhielten nun die Arbeiter? Die Arbeitslosen eine geringfügige Winterhilfe, deren Kosten einen kleinen Bruchteil sonstiger Unterbringungen ausmacht. Die Beschäftigten die Aufhebung der Lohnabbauverordnung mit Neueinstellungen. Die verprochenen Erleichterungen, die den sozialen Abbau früherer Notverordnungen einigermassen rückgängig machen sollen, stehen noch aus. Einweilen ist ihr Lebensunterhalt durch die Verteuerung der Margarine und (bei den beabsichtigten Zollsteigerungen) anderer Lebensmittel bedroht. Für sie kein Steuerabbau, dagegen für viele — es sind dies die ledigen Arbeiter — eine neue Belastung. Viele ledige Arbeiter müssen nämlich jetzt Bürgersteuer, von der sie bisher befreit waren, zahlen, da die steuerfreie Grenze jetzt nicht mehr bei 500 Mk., sondern bei dem immer wieder gefestigten niedrigeren Richtsatz der Wohlfahrtsfürsorge liegt.

Sprache und Arbeit.

Manchmal sprechen Menschen bei ihrer Arbeit und manchmal nicht. Manchmal können sie gar nicht sprechen, weil sie zu sehr mit ihrer Arbeit beschäftigt sind. Man braucht nur in einem Arbeitsaal zu gehen, um solche Studien anstellen zu können.

Man hat solche Studien neuerdings an Kindern, die mit Arbeit beschäftigt waren, angestellt, und wir müssen schon sagen, so wie die Kinder sind, so sind eigentlich auch die Erwachsenen. Nur können sie nicht immer so natürlich in ihrem Verhältnis von Arbeit und Sprache sein.

Die Sprache tritt an den Anfang, so schreibt Hans Wärtin in der Zeitschrift für pädagogische Psychologie über diese Untersuchungen. Man kann noch sprechen, die Arbeitswärme, die zum Schweigen zwingt, ist noch nicht da. Und dann kommen oft Augenblicke des tiefsten Schweigens. Man kann

nicht sprechen. Doch dann kann man wieder sprechen. Wenn ein entscheidendes Arbeitsmoment vorüber ist. Man entläßt das Vollenbete. Man schaut ihm nach, das Wort zerhackt die Nabelschnur, die Werk und Schöpfer verband.

„Ja, so ist des Menschen Verhältnis zur Arbeit, aber das moderne Schaffen am laufenden Bande entsetzt den Menschen zu sehr von seinem Arbeitsprodukt. Das kann uns die Art der Sprache beim Werk zeigen. Die Sprache gehört in irgendeiner Weise zum Werk. Wo die Sprache ersticht, weil der Mensch hastet und hegt, da ist die Arbeit nicht nach Menschenwürde gestaltet.“

Auch „in Augenblicken der Not oder der Befreiung tritt das Wort auf, mitten im Arbeitsgeschehen. Man muß sprechen, der Widerstand ist zu hoch, die Freude, ihn erlittet zu haben, zu groß; das kann nicht stumm erlitten werden.“

Aber solch ein Wort ist heute so oft nur ein stiller Fluch. Oder ein Wort des Glücks, wenn die mechanische Arbeit endlich überstanden ist. Die Sprache ist heute nur so oft die Sprache der Empörung, des Ablehnens, während sie die Sprache der inneren Verbundenheit mit einem Werk, das man liebt, sein soll.

Beim Kinde, das schafft, kann man noch dieses echte, tiefere Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit erkennen. Daß der Arbeitsmensch diese Sprache der Arbeit meist nicht mehr kennt, zeigt, wie sehr der Mensch im kapitalistischen Arbeitsleben seelisch entwurzelt.

So will es Adolf Hitler.

„Die Bereitwilligkeit zum Ertragen wirtschaftlicher Not, ja die allgemeine Opferwilligkeit überhaupt nehmen in dem Umfang ab, in dem die Menschen mangels großer völkisch-politischer, vaterländischer und bewegender Gedanken und Aufgaben sich nur mehr mit ihren eigenen wirtschaftlichen Belangen beschäftigen und in ihnen aufgehen.“

Das schrieb Adolf Hitler in „Völkischen Beobachter“ am 21. Oktober 1932. Weiter kann man die Rage wohl kaum aus dem Saal lassen. Die vaterländisch-völkischen Redensarten sollen nur die Masse von der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen ablenken und damit die Fortdauer ihrer Ausbeutung sichern!

Arbeitszeitverkürzung gegen technologische Arbeitslosigkeit.

Der technische Fortschritt ist zweifellos zu einem nicht unerheblichen Teil an dem ungeheuren Ausmaß der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit beteiligt. Das Internationale Arbeitsamt zeigt in einem (oben erwähnten) Bericht über „Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit“, in welchem Ausmaß die Maschine in den letzten Jahren die Handarbeit zu verdrängen vermochte. In der Glasindustrie ist eine Owens-Maschine, die von 9 Arbeitern bedient wird, an die Stelle von 80 bis 90 Handarbeitern getreten. Sie erzeugt 15000 bis 35000 Flaschen in 24 Stunden.

Ein Handarbeiter stellt 250 Bierflaschen in 8 Stunden her, während die Owens-Maschine in der gleichen Zeit 8000 Flaschen erzeugt. Bei der Erzeugung von elektrischen Glühlampen (40 Watt) leistet die automatische Maschine bis zum 3fachen der Hand-erzeugung. In der ganzen Welt hat die allgemeine Erzeugung elektrischer Kraft von 1925 bis 1930 um 37 Proz. zugenommen. Man schätzt die Summe der mechanischen Triebkraft auf 1 Billion 700 Milliarden Kilowatt. Die 900 auf dem Kopf der Erdbekleidung entfallenden Kilowatt entsprechen ungefähr dem zehnfachen Kraftaufwand, den ein starker Mann innerhalb eines Jahres zu leisten vermag.

Winnig propagiert faschistische Zünftelei.

Die nationalsozialistische „Heftische Landeszeitung“ in Darmstadt berichtet in Nr. 321 vom 3. Dezember 1932 ausführlich über einen Vortrag, den der Renegat Winnig in Berlin in der Gesellschaft vom Studium des Faschismus unter dem Protektorat des Nazi-Herzogs von Sachsen, Koburg und Gotha gehalten hat. Winnig sprach über „Koalitionsrecht und Gewerkschaften im neuen Staat“ und leitete sich dabei u. a. folgende Sätze:

„Als er seinerzeit von der faschistischen Lösung des Gewerkschaftsproblems erfahren habe, habe er ein Bedauern empfunden, daß wir das nicht als erste hätten durchführen können. Der Faschismus sei die Rettung der Völker, die am Westen krank geworden seien. Im neuen Staat hätten folgende Grundzüge zu gelten: Das Koalitionsrecht wird eine Koalitions-pflicht. Jeder, der für Lohn arbeitet und jeder, der Arbeitskräfte beschäftigt, ist Mitglied einer Gewerkschaft. Arbeitergewerkschaft und Unternehmergewerkschaft bilden zusammen das Gewert. Alle Gewerte sollten eine große Einheit, den Werkstaat, bilden. Diese Form der beruflichen Gliederungen erinnere an die Verfassung der Zünfte und des alten Hofhandwerks. (!!) Das sei aber ganz natürlich.“

Es gab eine Zeit, da kämpfte Winnig für die Abschaffung der Lohnarbeit überhaupt. Heute begnügt er sich, faschistisch gelbe Gewerkschaften zu propagieren und Vorkämpfer mittelalterlicher Zünftelei zu sein. Es ist nur verständlich, daß er damit heute nicht mehr vor Arbeiter treten kann, sondern sich als Publikum faschistische Prinzen und Eggelzenzen in den Saal eines Augusthotels zusammenschleichen muß.

Winnig, der heute auch Schulungsurke für NSD.-Mitglieder abhält, ging der Arbeiterbewegung verloren, weil er sich einem falschen Nationalismus verschrieb. Wir wissen, daß im Staat der imperialistischen Bourgeoisie, wie seine Form auch sei, sich niemals eine Nation entwickeln kann und daß die wahre Nation nur durch die Arbeiterklasse geschaffen werden kann, wenn sie als Abbruch heftiger Klassenkämpfe sich zur herrschenden Klasse erhebt. Wer das nicht wahr haben will, und sich mit dem Gedanken einer nationalen Bindung der Arbeiterklasse an den imperialistischen Bourgeoisestaat befreundet, gerät in Gefahr, wie Winnig schließlich im braunen Sumpf zu landen.

Eltern! Gewerkschafter!

In den freien Gewerkschaften sind Lehrlinge und jugendliche Arbeiter organisiert. Sie kommen in Jugendabteilungen zusammen. Dort erwerben sie geistiges Rüstzeug für den Lebenskampf. Sind eure Söhne und Töchter in der Gewerkschaftsjugend? Nein! Dann kommt nicht länger. In den Gewerkschaften hat sich jung und alt zusammenzufinden; es muß gemeinsam gekämpft werden, um im Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion zu bestehen. Macht eure Söhne und Töchter der Gewerkschaft zu! Haltet sie zum regelmäßigen Besuch der Jugendveranstaltungen an. Ihr erweist ihnen und euch selbst einen Dienst, denn gute Gewerkschaften vermehren Schlagkraft und Erfolge der Arbeiterbewegung.

Die Verbandsbuchkontrolle.

Karl hatte den Schritt gewagt, er war jetzt Mitglied des Verbandes. Seine Kollegen in der Berufsschule hatten zwar Miße gehabt, ihn hineinzu-bekommen. Deshalb er sich sträubte, wußte er nicht. Vielleicht war es Oppositionslust, die ihn zum halsstarrigen Nein monatelang drängte. Vielleicht war es Mißtrauen gegen die geschmähten Bonzen, die irgendwie mit den Beiträgen über den Deck gehen konnten, vielleicht war es Kurzsichtigkeit oder Unüberlegtheit. Na, schließlich wurde er durch die in der Berufsschule „überliefert“, wie er sagte, und nun war er Mitglied.

Karl hatte sein Verbandsbuch verloren. Nichts drin die erste bezahlte Beitragssmarke. Es war die dreiwöchentliche Woche. „Wie sie nur so verloren inmitten der Seite hing. Wie viel schöner wäre es doch, wenn schon mehr Marken drin wären. Die sein könnte man auf den Tisch trumpfen und sagen: Heute! Seht mal her! Ich bin schon 26 Wochen

organisiert.“ So meinte vielleicht mancher, hätte Karl gedacht. Rufen, er dachte das nicht. Er war ärgerlich über die 25 Pf., die er wöchentlich bezahlen sollte. Die Mutter quakte auch, denn wenn Karl sich auch vorgenommen hatte, die 25 Pf. aus seiner Tasche zu bezahlen, so wußte die Mutter doch, wie nach kurzem ihr das Zahlen der 25 Pf. zugehoben würde.

Fünf Monate waren ins Land gegangen. Karl war älter. Er kannte inzwischen die Gewerkschaftsjugendgruppe, war dort regelmäßig Gast, lernte gewerkschaftlichen Zusammenhalt würdigen und sah mehr als einmal in der Woche lebend in sein Verbandsbuch, in dem nun schon 21 Marken waren. In diesem Sonnabend kam die 44. Woche dran. Das machte Spaß. Wenn man das Jahr erst herum war. Dann konnte beim neuen Jahr gleich oben geklebt werden. Man war doch dann kein Neuling mehr. Karl war wirklich schon einbildet.

Nun kam etwas Bedenkliches: Im Betrieb war Verbandsbuchkontrolle. Früher hatte Karl so etwas überhaupt nicht gerührt. O, recht oft hatte er sogar schnippische Bemerkungen darüber gemacht. Nachdem er Mitglied im Verband war, kam es anders. Zuerst schämte er sich, gefragt zu werden. Dann würde es so offenbar, wie wenige Zeit er erst Mitglied war. Und das machte er nicht. Diesmal aber sollte ihm die Buchkontrolle ein Erlebnis sein. Mit fünf Monaten Mitgliedschaft kann sich ein Lehrling doch schon sehen lassen. Am Morgen sah er sein Verbandsbuch nochmal an, steckte es sorgfältig ein und glaubte unterwegs, jeder müsse ihn ansehen, was er in seiner Tasche wohnen mag trüge. Ihn wunderte die Allgierigkeit um ihn herum. Auch in der Bude war alles wie sonst. Niemand schien etwas Besonderes am heutigen Tag zu finden.

Son am heutigen Tag sammelte der Betriebsrat die Verbandsbücher ein. Um sie von dreißig Mann zusammenzubringen, muß man schon ein Weilschen

herumlaufen. Karl kopfte das Herz. Er sah den Betriebsrat näher kommen. Das große Ereignis nahte. Er würde jetzt auch sein Verbandsbuch abgeben. Wie nur die andern so ruhig dasitzen und frühstücken konnten. Die gaben ihr Buch hin, als ob gar nichts wäre. Jetzt war der Betriebsrat gleich bei ihm. Karl hatte in seiner Aufregung ganz vergessen, sein Buch herauszunehmen. Nun war der Betriebsrat beim Nebenmann. Der gab sein Buch mürrisch hin und brumnte: „Hier haste dein Buch. Du kannst auch mal für niedrige Beiträge sorgen. Schließlich nehmt ihr auch noch die Lebrungslos uff. Bloß um Beiträge zu kriegen.“ Karl stockte das Herz. Die Hand, die schon das Verbandsbuch gefaßt hatte, fuhr zurück. Das Blut schoß ihn in den Kopf. Was würde der Betriebsrat sagen. Der lachte behäbig, kopfte Karls Nachbar an die Schultern und sagte: „Mensch, reg dir nicht uff, wat soll'n wir mit die Bengels im Verband.“ Sprach's, übergab Karl und ließ sich vom Nächsten das Buch geben. — In diesem Tag war Karl zu nichts zu gebrauchen. In ihm war zerbrochen, was durch lange Monate hindurch gewachsen war.

Dielem Karl hier hat das Erlebnis nichts geschadet. Die Jugendgruppe hat ihn darüber hinweggeholfen. Heute ist er ein guter Funktionär in seinem Verband. Wie viele Nachbarn am frühstückstisch und wie viele Betriebsräte aber machen tausende Karls zu starrischen, hochbeinigen Menschen, die, wenn von Gleichberechtigung und Kameradschaft zwischen jung und alt geredet wird, nur ein höhnisches Lächeln aufsetzen? Wie viele Gewerkschafter verlegen junge Menschen unbewußt durch zu geringes Verständnis und machen sie gewerkschaftlichem Einfluß unzugänglich? Zurückhaltung ist jedem Menschen untraglich, auch dem jungen Menschen. Und das, Gewerkschafter und Betriebsräte, bedient bei euerm Verhalten gegenüber jungen Menschen im Betrieb.

Unfall- und Gesundheitschutz beim Freiwilligen Arbeitsdienst.

Für den Freiwilligen Arbeitsdienst gelten sowohl die reichsgesetzlichen Vorschriften über die gewerbliche Unfallversicherung als auch die Vorschriften über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gefahrenschutz und über Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche, die bei einer gleichartigen Beschäftigung im Arbeitsverhältnis Anwendung finden würden.

Für die Überwachung der Durchführung der behördlichen Arbeitsschutzbestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften sind die Gewerbeaufsichtsbeamten und die Technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft zuständig, allerdings nicht in allen Fällen. Die Kontrolle der Gewerbeaufsicht erstreckt sich nicht auf im F.A.D. ausgeführte Bodenverbesserungsarbeiten und Arbeiten zur Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland. Diese Arbeiten gelten nach § 29 der Ausführungsbestimmungen vom 2. August 1932 zur Verordnung über den F.A.D. vom 16. Juni 1932 als landwirtschaftliche Arbeiten. Die Überwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften durch die technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft erstreckt sich nur auf Arbeiten, die bei der Zweiganstalt dieser BG. verrichtet sind. Wo jedoch Reich, Länder und Versicherungsverbände sowie solche Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu Versicherungsträgern erklärt sind, Träger der Arbeit sind, kommt für den Unfallversicherungsschutz des F.A.D. die behördliche Eigenunfallversicherung (Ausführungsbehörde) in Frage. Die Ausführungsbehörden besitzen aber keine technischen Aufsichtsbeamten, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen. Daher fehlt dort eine Kontrolle über die Durchführung der Unfallverhütung. Die der Zweiganstalt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft unterstehenden Arbeiten des F.A.D. entbehren zwar nicht ganz dieser Kontrolle, sie ist aber ebenfalls ungenügend im Hinblick darauf, daß solche Arbeiten einer besonders eingehenden und öfteren Betreuung bedürfen.

Eine stärkere Einschaltung der Beamten der Gewerbeaufsicht ist notwendig, da insbesondere bei geschlossenen Lagern eine Kontrolle über den Zustand der Arbeiterfürsorgeeinrichtungen (Unterrichtsräume usw.) dringlich ist. Diese Kontrolle liegt außerhalb des Aufgabengebietes der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften.

In der letzten Zeit sind auch bereits einige schwere Unfälle bei Arbeiten des F.A.D. eingetreten. Dabei sind drei Personen getötet und eine schwer verletzt worden. Vermutlich haben die nachstehend angeführten Umstände zu diesen bedauerlichen Unfällen beigetragen.

Die Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst werden in den meisten Fällen von Jugendlichen ausgeführt, die mit diesen Arbeiten nicht genügend vertraut sind und die damit verbundenen Gefahren unterschätzen. Auch die Leiter der Arbeiten verfügen nicht immer über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen, die für die Abwehr von Unfall- und Gesundheitsgefahren unbedingt notwendig sind. Mangelhaft mangelt es dann noch an dem notwendigen Material für die Schaffung der Schutzmaßnahmen, wie Bohlen, Steifen u. dgl. Aus diesen besonderen Verhältnissen des F.A.D. ergeben sich erhöhte Unfall- und Gesundheitsgefahren für die dort Beschäftigten. Falls nicht besondere Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden, ist zu befürchten, daß bei diesen Arbeiten im Verhältnis mehr Unfälle eintreten als bei Ausführung ähnlicher Arbeiten im ordentlichen Arbeitsverhältnis. Um die in der gegenwärtigen Regelung liegenden Nachteile für die Sicherheit der im F.A.D. Tätigen zu beseitigen und Verluste an Arbeitskraft und Gesundheit vorzubeugen, hat der Vorstand des L.D.B.B. dem Reichsarbeitsminister nachstehende Vorschläge unterbreitet:

Daß eine stärkere Überwachung der Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst durch die Unfallversicherungsträger erfolgt. Soweit Ausführungsbehörden in Frage kommen, könnte der Abschluß eines Abkommens mit den Baugewerks-Berufsgenossenschaften erwogen werden, die im F.A.D. ausgeführten Arbeiten durch die technischen Aufsichtsbeamten dieser Berufsgenossenschaften mitkontrollieren zu lassen;

Daß die Regierungen der Länder die Gewerbeaufsichtsbeamten anweisen, sich in stärkerem Maße für die Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften beim Freiwilligen Arbeitsdienst, insbesondere schon bei der Einrichtung von geschlossenen Lagern, einzusetzen;

Daß der zweite Satz des § 25 der Ausführungsbestimmungen vom 2. August 1932 abgeändert wird, damit auch für diese — landwirtschaftliche — Arbeiten eine Überwachung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten möglich ist;

zu erwägen, ob nicht auch die Baupolizeibeamten der Gemeinden und Gemeindeverbände neben den Gewerbeaufsichtsbeamten und technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften für die Überwachung der Durchführung des Arbeitsschutzes im F.A.D. herangezogen werden können.

Wir hoffen, daß der Reichsarbeitsminister diesen Vorschlägen bald nachkommt. Dem im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Personen ist nicht mit der Unterstellung unter die Unfallversicherung und unter die sonstigen Arbeitsschutzbestimmungen allein gedient, sondern vor allem damit, daß sie weitestgehend vor Unfällen und gesundheitsbedinglichen Schädigungen anderer Art geschützt werden. Dazu ist aber eine gute Kontrolle der einzelnen Arbeitsstellen und Lager durch die dafür zuständigen Organe eine der wichtigsten Vorbedingungen. Sa.

Wird es besser?

Wir lesen davon, daß sich die ersten Zeichen einer Ueberwindung der Krise bemerkbar machen, und Hoffnung steigt in uns auf. Mißtrauisch sind wir nach all den vielen Enttäuschungen, die wir erleben mußten. Aber einmal muß sich das Elend doch wandeln! Und wir hoffen auf Besserung.

So waren immer die ersten Anzeichen des Umschwungs nach Krisen. Aber daß es immer so war, zeigt, daß eben immer dem Aufstieg auch eine neue Krise gefolgt ist. Soll das so bleiben?

Nein, das darf nicht so bleiben. Wie nie vorher aus dem Tiefstand der Wirtschaft so wie heute auch das Wollen einer beruhigten Waise heraus. Es soll anders werden! Endgültig anders!

Das stille Hoffen auf andere Tage soll uns zugleich die Kraft zur Wandlung besetzen. Wir wollen uns dessen bewußt sein, daß die kommende Zeit die Zeit des Aufstiegs zu neuen Formen ist! Uns leuchtet mehr als eine neue Epoche, die vorübergehend einmal wieder Arbeit gibt. Uns leuchtet die Wirtschaft des Plans und der Ordnung. Darum ist der Zusammenschluß aller Arbeitsmenschen heute nötiger denn je.

Empört euch! Seid nicht zufrieden! Und bringt euren Willen und euren Trost zum Ausdruck in der Bewegung des Volks! Laßt die Gewerkschaftsbewegung zu einer elementaren und unwiderstehlichen Macht des Neuen werden!

Lieber Kollege!

Du bist bestimmt nicht mit Glücksgütern gesegnet, am allerwenigsten in der jetzigen Zeit. Du hast aber an Deiner Gesundheit und Arbeitskraft ein wertvolles Kapital, das Du bisher wahrscheinlich sehr gering eingeschätzt hast. Ein Kapital, das zur Bestreitung und Erhaltung Deiner Existenz notwendig ist und das Du Dir, selbst wenn es jetzt nicht genügend ausgenutzt werden kann oder gänzlich brachliegt, doch für spätere, bessere Zeiten unbedingt erhalten mußt.

Du bist gewiß über die jetzige Zeit und über die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse oft recht verärgert. Hast Du Dir aber schon einmal überlegt, daß, wenn Du, obwohl arbeitslos, doch gesund bist, dies immer noch besser ist als krank oder invalide und auch arbeitslos zu sein? Kannst Du Dir vorstellen, wer bei Besserung der Verhältnisse, auf die wir ja alle hoffen, die meiste Aussicht hat, wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht zu werden? Ist es da nicht unbedingt notwendig in Deinem und im Interesse Deiner Familie, auf die Erhaltung der Arbeitskraft bedacht zu sein? Du weißt gewiß, daß jedes Jahr rund 163 000 Menschen ihre Gesundheit und Arbeitskraft teilweise oder gänzlich durch Unfall einbüßen und daß ferner rund 260 000 Deiner Arbeitskollegen infolge Invalidität aus dem Produktionsprozeß ausscheiden? Weißt Du aber auch, was ein solcher Schicksalsschlag für Dich und Deine Angehörigen bedeutet? Hast Du Dir schon einmal die Frage vorgelegt, wie man solche Verluste an Arbeitskraft und Gesundheit mit all ihren damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteilen vermeiden oder wenigstens vermindern kann?

Du denkst dabei wohl an gute Befolgung der behördlichen Arbeitsschutzbestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften. Das ist richtig! Diese Bestimmungen sind zu Deinem Schutz erlassen und sollen der Erhaltung Deiner Arbeitskraft und Gesundheit dienen. Aber hast Du auch schon einmal darüber nachgedacht, wer zu dem Erlaß dieser Vorschriften und zu ihrer weiteren Ausgestaltung und damit zur Erhöhung Deiner Sicherheit und zum Schutz Deines Lebens beigetragen hat und wer sich fortgesetzt weiter darum bemüht?

Glaubst Du, daß ohne Gewerkschaften, ohne das Drängen der organisierten Arbeiterschaft Arbeiter- und Sozialpolitik je auf diesen Stand der Entwicklung gebracht worden wären? Du wirst einsehen, daß ohne Anstrengungen der gesamten Arbeiterschaft, ohne Kämpfe und ohne Opfer auf diesem Gebiete nicht halb so viel hätte erreicht werden können. Und Du wirst weiter einsehen, daß, wenn wir hier weitere Verbesserungen erreichen wollen, das auch wieder nur durch gemeinschaftliches Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft gelingen wird.

Weiter mußt Du beachten, daß der einzelne wie auch die Gesamtheit — wenn sie nicht zusammenstehen — unter den heutigen Verhältnissen noch sehr viel auf diesem Gebiete zu verlieren haben. Bist Du

Du darüber klar, daß gerade in der heutigen Zeit der einzelne dem Unternehmer gegenüber nahezu machtlos ist? Kannst Du allein gegenüber bestehenden Mißständen im Betriebe etwas ausrichten? Du wirst zugeben, daß Abhilfe nur geschaffen wird, wenn die gesamte Belegschaft das verlangt. Schließlich mußt Du auch an Deine Kinder denken! Du wirst gewiß nicht, daß sie unter ungünstigeren Bedingungen tätig sein müssen als Du selbst. Du wirst doch auch nicht, daß Deine Kinder, die Du unter Sorgen und Entbehrungen großgezogen hast, infolge unzureichender Schutzmaßnahmen an ihrer Gesundheit und Arbeitskraft Schäden erleiden? Du solltest deshalb also auch auf Deine Kinder einwirken, daß sie die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter einsehen und entsprechend handeln.

Wenn Du über all das nachdenkst, wirst Du zu der Einsicht gelangen, daß die Gesamtheit der Arbeiter hier noch außerordentlich viel Aufgaben zu lösen hat, daß es zur Zeit vor allem jedoch darauf ankommt, das Bestehende zu erhalten. Bei diesem Abwehrkampf, in dem sich die Arbeiterschaft gegenwärtig befindet, darf niemand — also auch Du nicht — beiseite stehen. Nur mit vereinten Kräften, nur in gemeinsamer Front und im Vertrauen auf uns selbst läßt sich diese Zeit mit ihren so furchtbaren Begleiterscheinungen überwinden. Trotz aller Widerwärtigkeiten der Gegenwart darfst Du das nie vergessen. Denke daran und handle danach, ehe es zu spät ist!

„Reiner Irrsinn“ — Eine Stimme der Einsicht.

Das französische Arbeiterblatt „Le Populaire“ hatte in diesen Tagen den guten Einfall, eines der seltenen, dafür um so beachtlicheren Zeugnisse der Einsicht aus Kreisen der Unternehmer in die Erinnerung zu rufen. Die Zeitung entnimmt dem „Mittlungsblatt der Handelskammer Brüssel“ vom Mai dieses Jahres eine Rede des Präsidenten Richelet auf der Generalversammlung der Brüsseler Handelskammer, in der es heißt:

„Die Welt steht schreckt vor dem Anblick der Massen, die sich nach Arbeit ums tägliche Brot drängen und die keine Beschäftigung zu finden vermögen. Diese Massen sind zahllos. Ueberall liegen materielle und geistige Energien brach, und traurigerweise hat es den Anschein, als sei es derzeit unmöglich, sie nutzbar zu machen.“

Der Produktionsapparat und die Rationalisierung sind bis zu einem Grade entwickelt, daß diese großen Betriebe, kaum daß sie in Gang gesetzt sind, ungeheure Mengen Produkte für den Verbrauch auswerfen — viel mehr, als die Welt in ihrem heutigen Zustand aufnehmen kann. Dann häufen sich die Vorratslager. Vor dem Produzenten erhebt sich drohend das Geldproblem. Ein unerträglich Wettbewerbsentzweit: Betrieb gegen Betrieb, Land gegen Land. Die Wirtschaft bietet den traurigen Anblick eines Schlachtfeldes, auf dem täglich Tausende neuer Opfer sterben. Die Produktion, die sich nicht mehr rentiert, wird stillgelegt. Die Arbeitslosigkeit steigt noch mehr, Sorge um die Zukunft bemächtigt sich der Welt. Die Vernunft bäumt sich auf gegen diesen Zustand. Um dem Uebel abzuhelfen, werden die schicksalhaftesten Vorschläge gemacht. Da empfiehlt man, den Ueberfluß an Waren zu vernichten, damit das, was übrig bleibt, seinen Preis behält und — welche Ironie! — neue Ware erzeugt werden kann. Man wirft den Ueberfluß ins Meer, heizt mit Kaffee die Lokomotiven. Dort predigt man gegen die Maschinen oder man schlägt vor, neue Erfindungen zu unterbinden, das heißt, die vornehmsten Fähigkeiten des Menschen lahmzulegen. Ja, hier und dort spricht man von einer Rückkehr zu früheren Arbeitsverfahren, zur Handarbeit, nur weil sie langsamer vor sich geht. Ist das alles nicht reiner Irrsinn? — Welt entfernt, die Vorteile der Maschinen für die Gütererzeugung zu befragen, sollten wir im Gegenteil darin den Beginn einer neuen Zeitalter erblicken! Das einzige Problem, das sich uns — allerdings unentrichtbar — stellt, ist das der Organisation der Arbeit. Ist es denn wirklich so phantastisch, daran zu glauben, daß es möglich ist, die Arbeit unter die Menschen zu verteilen, wie man die Lebensmittel verteilt in Zeiten der Hungersnot? Ist es so phantastisch, zu erwarten, daß der Vorteil der Maschinen, die es dem Menschen erlauben, seine gesamte Zeit für den Kampf ums Dasein aufzubieten, uns zum Segen gereicht, wo es sich doch nur darum handelt, die Arbeit zu organisieren — was ganz einfach eine Frage des Willens ist? Wenn man will, kann man die Arbeitslosigkeit beenden durch Verteilung der Arbeitsgelegenheit. Das Land, das diesen Schritt zu tun wagt, wird den anderen Ländern den Weg weisen.

Einer solchen — leider so seltenen! — Stimme der Einsicht aus dem Kreise der Unternehmer haben wir nichts hinzuzufügen als die Hoffnung, daß diese Erkenntnis sich noch durchsetzt, ehe es zu spät ist!

Streiks und Lohnbewegungen.

Lederwarenindustrie.

Stuttgart. Mit der Firma Kumwarter u. Bubed war im Oktober 1932 ein Abkommen getroffen, daß die Notverordnung nicht in Kraft tritt, dagegen ab 1. Januar 1933 ein allgemeiner Abzug von 5 Proz. erfolgen könne. Ab 1. November 1932 besteht ein Lohnstarif für die Branche nicht mehr resp. die Verhandlungen haben sich zerschlagen. Die Firma hat, um die 5 Proz. Abbau durchzuführen, zum 4. Januar 1933 sämtlichen 78 Beschäftigten getündigt und jedem bedeutet, den Betrieb zu verlassen, wenn er den Abzug nicht hinnehmen wolle. Am 3. Januar beschloß die Belegschaft, unter keinen Umständen einen weiteren Lohnabbau entgegenzunehmen, obwohl die Firma die Schließung des Betriebes ankündigte. Die nun stattgefunden Verhandlung am 4. Januar brachte einen vollständigen Rückzug der Firma und Verlängerung des alten Lohnabkommens ohne Abzug bis zum 12. April 1933. Ein schöner Erfolg der Kollegen und Kolleginnen, die schon oftmals bewiesen haben, daß Geschlossenheit zum Erfolg führt.

Zugemeinverbindlichkeit.

Der mit dem Verband Bayerischer Lederwarenfabrikanten in Nürnberg abgeschlossene Mantelstarif für die Portefeullerbranche ist für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die W. erkundete sich auf Bayern mit Ausnahme von München und ist eingetragen am 10. November 1932 auf Blatt 9823 Iff. Nr. 5 des Tarifregisters.

Genossenschaftswesen

Wiederinrassung von Lebensversicherungen Um die zahlungsunfähigen Versicherten nicht zum Rückfall ihrer Versicherung zu verurteilen und damit den Verlust eines Teils der eingezahlten Beiträge zu verhüten und von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß auch der zahlungsunfähige Versicherte den Versicherungsschutz braucht (vielleicht dringender als der zahlungskraftige) hat die Volksfürsorge die Einrichtung der prämiensfreien Versicherung. Sie bietet außerdem den Vorzug, die ursprünglich abgeschlossene Lebensversicherung unter Beachtung sehr weitherziger gekellener Bestimmungen jederzeit wieder in Kraft setzen zu können.

In der Inanspruchnahme einer Einrichtung zeigt sich meistens ihre Bewährung. So ist es auch mit der Wiederinrassung bei der Volksfürsorge. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres haben davon 33 503 Versicherte, die ihre Prämienzahlung eingestellt hatten, Gebrauch gemacht. Ohne daß ihnen Kosten erwachsen sind, lediglich auf Grund der günstigen Versicherungsbedingungen sind sie jetzt wieder in den vollen Genuß der abgeschlossenen Versicherung gekommen. — Von der Volksfürsorge wird hier ein Vorteil geboten, den man beim Abschluß einer Lebensversicherung unbedingt beachten muß.

Unter die Welt, trotz alledem! Millionen von Arbeitern und Angestellten sind in ihrer Lebenshaltung um viele Jahrzehnte zurückgeworfen. Zum Heidenmut, mit dem das deutsche Volk täglich keine Opfer bringt, gefestigt sich die ebenso bewundernswürdige Standhaftigkeit im Aushalten, wo nur zähe Geduld die Aenderung und Besserung bringen kann. Standhaftigkeit muß aber auch dort sein, wo sich nur die kleinste Möglichkeit zur Abwehr der Not bietet.

Gewiß sind nicht alle Bevölkerungsteile gleichmäßig an der Abwehr beteiligt. Mancher Mensch ergab sich der Verzweiflung, verfiel in Hoffnungslosigkeit. Aber wenn etwas die Not vergrößern wird, wenn etwas das Elend verewigen kann, ist es die stumpfe Duldung, das tatenlose Zusehen, wenn mit dem verschwindenden wirtschaftlichen Wohlstand die wenn auch bescheidene Kultur verschwindet, die sich die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft in schwerem Ringen gegen heftige Widerstände errang.

Unser Volk darf nicht in die wirtschaftliche Abhängigkeit, in das kulturelle Dunkel, in die kulturwidrige Bedürfnislosigkeit früherer Jahrhunderte zurückfallen! Zu schwer hat dieses Volk um seine Beteiligung an den Ergebnissen hochgezüchteter Technik gekämpft und zu groß waren die Opfer in diesem Kampf, als daß Mutlosigkeit und Lähmung aller Tatkraft alles vernichten dürften, was an guten Anfängen zu wirtschaftlichem Wohlstand und geistiger Kultur vorhanden war und noch ist.

Das Volk darf nicht den Glauben an sich selbst verlieren. Es muß ihn wiederfinden, wieder an sich und seine Kräfte glauben lernen. Nur wer sich selbst aufgibt, ist endgültig verloren, nur wer mit seinem Glauben an sich Selbsthilfe übt, darf die Wendung aus wirtschaftlicher Not und geistigem Elend erwarten.

Laßt uns miteinander arbeiten, laßt uns diese Arbeit bei uns selbst beginnen, indem wir

wieder an die unwiderstehliche Kraft der Gemeinschaft glauben.

Genossenschaft ist die Quelle des Reichtums in allen Formen. Armeilich der Unmündige oder Böswillige, der den deutschen Konsumvereine in die Fähigkeit absprenken wollte, am Aufbau materiellen Wohlstandes zu arbeiten. Die Konsumgenossenschaften haben noch schlimmeren Notstand verhindert. Ohne sie und ihre Arbeit wären Arbeiter und Angestellte in noch schlimmeres Elend geraten. Nur sie, die Konsumgenossenschaften, waren und sind Bollwerke gegen wirtschaftliche Willkür und angemaßtes Führertum in der Wirtschaft. Man mag die wirtschaftliche Leistung der Konsumgenossenschaften hoch oder niedrig schätzen, auf jeden Fall wären diese Leistungen ebenso sinnlos verfallen, wie das deutsche Volksvermögen vergeudet worden ist, wenn es in den Jahren der Not keine Konsumvereine gegeben hätte. Wenn aber die Leistungen der Konsumvereine klein und unbeachtlich erscheinen, der möge sich selbst fragen, ob denn er selbst in höchst eigener Person dabei gewesen ist, als die Konsumvereine in ihrer schweren Arbeit standen. Neben dem notwendigen und nützlichen Werk stehen, tatenlos zusehen, hämisch lächeln, wenn andere sich mühen, ist die Art Unmündiger, ist auch unwürdig dessen, der selbst Not leidet und den das Elend seiner Mitmenschen dauert.

Die Genossenschaft kann von sich bekunden: sie lehrt die Menschen den Glauben an sich selbst, sie lehrt sie arbeiten in der Gemeinschaft, sie lehrt sie, ihr Wohl im Wohl des Ganzen suchen und finden, sie zwingt sie zur Abkehr von Selbstsucht und Eigennuß, sie lehrt sie, an das Vorhandensein des Guten in der Welt zu glauben.

Kein Pfennig ist zu gering, um ihn in den Konsumverein zu tragen. Aus Pfennigen werden Riesenlöhnen, und der Umlauf des Konsumvereins ist Sieg über privatwirtschaftlichen Eigennuß, ist auch Sieg über ein Wirtschaftssystem, das auch die geistige Vererbung über die Menschen brachte. Werdet Genossenschaftler! Schließt euch den Konsumvereinen an!

Was kostet die Arbeitslosigkeit?

W. B. Die Unterstützung der vom Internationalen Arbeitsamt in der ganzen Welt auf etwa 30 Millionen bezifferter Arbeitslosen erfordert ungeheure Aufwendungen. In Deutschland ist der Gesamtaufwand der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden von 1,151 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 2,973 Millionen im Jahre 1931 gestiegen. Bei einem geschätzten Gesamtlohneinkommen von 33 Milliarden belaufen sich also in Deutschland die Kosten der Arbeitslosigkeit auf rund 9 Proz. der Gesamtlohnsumme. In Großbritannien haben sich die Kosten der Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit von 51,5 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1924/1925 auf schätzungsweise 120 Millionen Pfund Sterling für das Jahr 1932/1933 erhöht. Dies entspricht etwa 7,3 Proz. der Gesamtlohnsumme.

Nach einer Schätzung des Internationalen Arbeitsamts betrug der jährliche Lohnausfall von etwa 24 Millionen Arbeiterverlorenen in 20 Staaten 84 Milliarden Mark.

Rundschau

Leipziger Frühjahrsmesse 1933. Die Leipziger Frühjahrsmesse beginnt Sonntag, den 5. März. Schluß der Textilmesse ist Mittwoch, den 8., der Sportartikelmesse und der Rittelmesse am Donnerstag, den 9., der übrigen Zweige der Mustermesse Sonnabend, den 11. März, während die Große Technische Messe und Baumeffe auf dem Ausstellungsgelände bis Sonntag, den 12. März, geöffnet bleibt.

Parteitag am 12. März 1933 in Frankfurt a. M. Der Parteivorstand der SPD. beruft zum 12. März einen Parteitag nach Frankfurt a. M. Neben den üblichen Berichten und Wahlen sind aus der Tagesordnung noch zu nennen: „Marx und die Gegenwart“, „Ref. Hülserding“, „Die Politik der Sozialdemokratie“, „Wels“, „Krisenüberwindung durch sozialistische Güter- und Menschenökonomie“, „Aufhäuser“, „Wirtschaftliche und politische Wälderverständnis“, „Breitscheid. Im Anschluß an den Parteitag findet eine Frauenarbeits-tagung statt.

Anfurbelung des Lederwarenumsatzes durch Lederpropaganda. „Die Lederindustrie“ wendet sich gegen das Vordringen der Erbstoffe, die dem Qualitätsleder so starke Konkurrenz machen und schlägt vor, in diesem Jahre mit einer großzügigen Werbung für Qualitätsleder einzusetzen. Eine Zusammenkunft aller Kreise der Lederwirtschaft soll sich mit allen Fragen über die Abgabemöglichkeiten und der Propaganda für Leder beschäftigen. Im wesentlichen wird es sich bei der Reklame darum handeln, daß ein un-

mittelbarer Appell an das Publikum, wieder das in seiner Eigenschaft unerfahrene Leder zu bevorzugen, ergeht. Es wäre sehr wünschenswert, wenn es gelänge, beim Publikum das Verständnis für Qualitätsprodukte wieder zu wecken. Ein positives Ergebnis dürfte diesen Bestrebungen erst nach einer nachhaltigen Neubelebung des Arbeitsmarktes und nach Hebung der Kaufkraft der Konsumtendenz beschieden sein.

Bücherchau

Neues Jahr — neues Schaffen! Unter diesem Kennwort bringt das Jahrbuch der illustrierten Monatszeitschrift „Die Bücherwelt“ die Anzeige und ausführliche Besprechung von drei Neuerscheinungen: „Die salzige Tante“, „Wehe den Belegten!“ und „Wie ich sie wiederhab“. Mit diesen drei neuen Büchern beweist die Buchverlag Gantenberg, daß sie auch im neuen Jahre den vielseitigen Wünschen ihrer Mitglieder Rechnung trägt. Nach den Besprechungen dieser Bücher und nach den Besprechungen aus den Neuerscheinungen zu schließen, dürfte das erste Quartal 1933 wieder ein voller Erfolg für diese Gemeinschaft wertvoller Buchleier werden.

„Die Buchwelt“. Jedes der monatlich erscheinenden Hefte ist voll Humor und Fröhlichkeit, bringt neue Räte, Aneboten, Summoreszen und Satiren, aktuelle Beobachtungen und Glosse sind scharfer und satirischer Spiegel der Zeitereignisse. Rätel und Schach bieten Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft enthält künstlerische Bilder und Zeichnungen, Karikaturen und Skizzen. Wir können diese satirische Monatszeitschrift nur bestens empfehlen. Man verlange Probehefte von der Verlagsanstalt „Die Buchverlag“, Wien 4, Mittersteig 3a, Einzelpreis 30 Groschen (30 Pfennig, 1,30 tsch. Kr., 30 Happon).

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 9. bis 15. Januar 1933 ist der 2. Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Berlin.		Beruf	Eingetret.
Bette, Willy	Portefeuller		11. 5. 07
Chemnitz.			
Wagner, Robert	Tapezierer		2. 1. 07
Sahinger, Richard	Tapezierer		23. 2. 07
Saenger, Walter	Tapezierer		25. 5. 07
Doret, Willy	Tapezierer		1. 6. 07
Wieland, Bruno	Sattler		6. 11. 07
Düsseldorf.			
Kieffer, Wilhelm	Sattler		19. 2. 07
Bürgens, Theodor	Sattler		20. 7. 07
Wöller, Max	Deforateur		26. 10. 07
Plumhardt, Wilhelm	Wagensticker		8. 12. 07
Staat, Jakob	Polsterer		25. 1. 08
Leipzig.			
Rösch, Robert	Sattler		25. 10. 07

Veranstaltungskalender

Berlin. Lederwarenbranche. Freitag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, Jahresmitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Jahresbericht und Neuwahlen. Volljähriges Erscheinen erwartet. Die Branchenleitung.

Chemnitz. Sonnabend, 21. Januar, findet im Volkshaus, Zwickauer Str. 152, abends 7.30 Uhr, unsere Generalversammlung statt. Wir machen es allen Kollegen zur Pflicht, in diese Versammlung zu kommen. Die Ortsverwaltung.

Leipzig. Mittwoch, 18. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus: Jahresversammlung der Tapeziererbranche. Jahresbericht, Neuwahl der Branchenleitung. Bericht über die Lohnverhandlung. Niemand darf fehlen. Die Branchenleitung.

Zwickau I. S. Am Sonnabend, dem 14. Januar, 15 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. In Anbetracht dieser wichtigen Versammlung sollte es sich jedes Mitglied zur Ehrenpflicht machen, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Brandenburg. Kassierer: Walter Lehmann, Werderstr. 37 III.

Mögan. Kass.: Heinrich Jäschke, Eichendorffstraße 9.

Magdeburg. Vorl.: Emil Zirkel, Ohrestr. 30.